



UNTERNEHMENSGRÜN

## Arbeitslosigkeit – (k)ein unlösbares zivilisatorisches Problem

Thesen von Matthias Kaiser, ProDentum GmbH

Die meisten Politiker aller Parteien behaupten von sich, sie besäßen Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Doch das ist bisher niemandem gelungen.

Alle Zahlenakrobatik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ganz einfach nicht genügend Arbeitsplätze gibt, zumindest nicht solche im traditionellen Sinn. Der Bundeskanzler betont in letzter Zeit, die Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) diene dem Zweck, Arbeitssuchende schneller zu vermitteln. Das ist sehr wichtig! Aber wir glauben, dass dies nicht reichen wird! Denn was fehlt, das sind 4.000.000 Arbeitsplätze. Und die gibt es nicht. Egal, welche Wachstumsprognosen herbeigewünscht werden.

Die Entwicklung der Technik, die uns in fast allen Bereichen die Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes abnimmt, ist nicht aufzuhalten. Wir wissen, wie viele Menschen (immer im Vergleich zur Bevölkerungszahl) noch vor einhundert Jahren in der Landwirtschaft tätig waren und wie wenige dies heute sind. Mithin ist es müßig, darüber nachzudenken, wo die Menschen denn heute neue Arbeitsplätze finden sollen. Und dort, wo eine vorindustriell-manuelle Tätigkeit nötig ist – zum Beispiel bei der Spargelernte – ist die Entlohnung so niedrig, dass unter deutschen Lebenshaltungsbedingungen niemand davon existieren kann.

### **Radikale Neubesinnung erforderlich**

Was uns die Politik vorgaukelt, ist die Illusion, man könne durch „Programme“ tatsächlich Arbeit schaffen. Das bleibt ein Traum, und keiner muss konservativen Wirtschafts-

denkens verdächtigt werden, wenn er diese Programme ablehnt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im heutigen Sinne werden nie eine nachhaltige Wirkung erzeugen und haben allenfalls im öffentlichen Sektor einen begrenzten, sozialen Frieden stiftenden Sinn. Jedes Programm, das nicht auf realer Nachfrage fußt, ist zum Scheitern verurteilt. Subventionen, die sich gegen die zivilisatorische Entwicklung richten (Kohle, Stahl, Philipp Holzmann AG etc.) werden das Rad nicht zurückdrehen.

Daher bedürfen wir einer radikalen Neubesinnung, um wieder mehr Menschen arbeiten zu lassen. Doch an dieser Neubesinnung mangelt es unseren Politikern und Gewerkschaftern; auch manchen Ökonomen und Unternehmern fehlt es an gesamtgesellschaftlichen Visionen. Es wird in der Regel nur in traditionellen Strukturen gedacht: 35–40 Stunden pro Woche, ein Job fürs Leben, hoher Lohn für alle, hohe Steuern, damit das ganze System weiterhin subventioniert werden kann. Und so wird durch die Macht sich gegenseitig korrumpierender Politik- und Wirtschaftssysteme die zivilisatorische Entwicklung in die Organisationsstruktur einer vergehenden Epoche gezwängt. Und das liegt auch daran, dass Politiker und Gewerkschafter fast niemals selbst Arbeitsplätze geschaffen und erhalten haben. Eine Subvention für Holzmann kann gar nicht Arbeitsplätze sichern, da eine reale Nachfrage fehlt. Handelte es sich also um werbewirksamen Zynismus oder um Diletantismus? Beides wäre misslich. Misslich für die moralische oder wirtschaftliche Kompetenz unserer Politiker.

### **Effizienz in Verwaltung und Politik**

Arbeitsplätze mit daraus resultierenden Sozialabgaben und Steuern werden zu einem entscheidenden Teil aus den privat organisierten Betrieben heraus geschaffen. Und vor allem durch Existenzgründungen. Jeder Job im öffentlichen Dienst, als Beamter oder Politiker wird von den Steuern der „Wirtschaftenden“ bezahlt. Es muss jedem Beamten und jedem Politiker, und vor allem jenen Politikern, die als Beamte in die Politik gingen, deutlich sein, dass sie hauptsächlich von den erwirtschafteten Werten der Unternehmen und deren MitarbeiterInnen abhängig sind. Und „uns“ allen gegenüber Rechenschaft abgeben müssen. Und bis zum Ende der Legislaturperiode „arbeiten“ und nicht viele Monate vor der Wahl „aufhören“, unsere Gesellschaft zu reformieren. So wie es im Moment den Anschein hat?

Natürlich kann kein Unternehmen auf eine funktionstüchtige Verwaltung und Regierung verzichten. Die zur Zeit sichtbare Korruption und Verflechtung von Großindustrie und Politik macht allerdings deutlich, dass die Macht der Politiker zu groß und die Kontrolle zu gering ist. Sie zeigt aber auch, dass verantwortliche Politiker im Vergleich zu Kollegen in der Wirtschaft viel zu schlecht bezahlt sind. Es wäre zu überlegen, ob wenige gut bezahlte Staatsdiener unbestechlich die wesentlichen Belange steuern. Unabhängig vom Parteienproporz, kontrolliert von einem unabhängigen Gremium.

Wir leiden unter aufgeblasenen Verwaltungsapparaten, die sich weitgehend selbst verwalten. Die „Bundesanstalt für Arbeit“ ist das beste Beispiel dafür. Wenn sich ein Statistiker die Mühe machte, alle tatsächlichen Kosten, die zur Verwaltung der Arbeitslosigkeit anfallen, zusammenzuzählen und dann noch die Kosten für die Arbeitslosenversicherung dazu rechnete, dann ergäbe sich mit Sicherheit eine Summe, die reichen würde, um alle wirklich Arbeitssuchenden subventioniert in den existierenden Unternehmen unterzubringen oder Neugründungen aktiv zu fördern.

### **Flexiblere Rahmenbedingungen**

Es bliebe aber auch dann dabei, dass es trotz aller Bemühungen nicht reichen würde, für alle Suchenden tatsächlich dauerhafte Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft zu schaf-

fen. Aber es könnten bei gutem Willen und entsprechenden Strukturreformen endlich Überstunden abgebaut werden. Unternehmen könnten bei flexibleren Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitsverträge mehr Menschen, wenn auch unregelmäßig, beschäftigen oder verstärkt Zeitarbeit nutzen. „Schwarzarbeiter“ könnten sich selbständig machen, wenn sie ein steuer- und abgabenfreies Existenzminimum hätten.

### **Der Niedriglohnsektor**

Vor der industriellen Revolution, als es die heute gewohnte Absicherung losgelöst vom sozialen Zusammenhalt kaum gab, war es üblich, dass diejenigen „soziale Dienste“ leisteten, die nicht aufs Feld gingen, jagten oder Feinde bekämpften. Sie versorgten Kinder, pflegten Alte, hielten Wache, schrieben Bücher, dichteten Lieder und forschten. Und das war sinnvoll, denn es musste doch getan werden!

Heute ist es eher so, dass diejenigen, die nicht jagen oder aufs Feld gehen können, daheim sitzen, sich sinnlos fühlen, weil sie nicht dazugehören, dem Alkohol verfallen, fernsehen und vor allem mit Neid auf die Arbeitsplatzbesitzer hinaufschauen, die wiederum mit Verachtung auf die „Steuergeldverprasser“ herabblicken. Die noch aktiven Ausgeschlossenen versuchen beispielsweise durch Schwarzarbeit oder Weiterbildung ihren Stolz nicht zu verlieren und vor allem den Anschluss an die Konsumgesellschaft zu halten. Was häufig erstaunlich gut gelingt. Jeder kennt in seinem persönlichen Serviceumfeld mindestens drei Personen, die ohne Steuern zu zahlen, Geld verdienen. Ohne deren Service kommen wir nicht mehr aus. Der Nachhilfelehrer des Sohnes, die Reinigungskraft im Haushalt, der Kellner in der Bar, der Handwerker, der die kaputte Waschmaschine für 25 Euro repariert, etc. Wer will den ersten Stein werfen? Eine Rechtfertigung für die Nutzung dieser Dienste wäre sicher, dass die Schwarz- oder zumindest Grauarbeiter über die indirekten Steuern und den sofortigen Konsum, nicht unerheblich zum Umsatz der Volkswirtschaft beitragen. Auf diese Steuereinnahmen und den Umsatz verzichten wir alle natürlich ungern!

Wir fragen also, wo denn Arbeit gebraucht wird. Arbeit, die bisher nicht geleistet wird.

Und das kann nur Arbeit sein, die von den aktiven „Jägern und Sammlern“ nicht erledigt wird. Weil sie zum Beispiel nicht so hoch entlohnt wird oder nicht das gleiche Ansehen einbringt. Und das sind eindeutig folgende Bereiche: Kindererziehung und Kinderbehütung, Kranken- und Altenpflege, Natur- und Umweltschutz, Kunst und Kultur. Wie schon immer. Das Merkwürdige ist dabei, dass schon heute diese Bereiche stark unter mangelndem Personal und finanzieller Zuwendung leiden. Der Barde im Dorf von Asterix und Obelix wurde trotz seiner Misstöne von allen akzeptiert. Er gehörte dazu. Und wer zu alt war, um gegen die Römer in den Krieg zu ziehen, der passte inzwischen auf die Kinder auf und beschützte (damals!) die Frauen.

### **Soziale Verantwortung**

Die Nachfrage in unserer Gesellschaft nach Arbeitskraft ist also tatsächlich hoch. Und es sollte möglich sein, diese Arbeit aus der Volkswirtschaft, die so hochproduktiv ist, zu finanzieren. Man möge nur einmal anders rechnen: Wir Deutsche „leisten“ es uns, ca. 6–8 Millionen Menschen für mehr oder weniger „Nichtstun“ zu bezahlen. Darin steckt kein moralischer Vorwurf an die Arbeitslosen, weil der Staat bisher keine Gegenleistung verlangt. Wir geben Geld aus unserem Arbeitslohn und unseren Unternehmenssteuern (wohlgemerkt, nicht aus der Verwaltung!) für alle diejenigen, die nicht zum „Jagen“ gehen können. Aber fast keiner von den „Inaktiven“ passt auf unsere Kinder auf, pflegt unsere Kranken, macht Hausaufgaben mit den Jugendlichen am Nachmittag, pflegt unsere Natur oder übt für Musikaufführungen, trägt im Altersheim Gedichte vor, gibt Immigranten Nachhilfeunterricht oder hilft im Sportverein.

Wenn im Altersheim ein Platz ca. 2.500,-- Euro pro Monat kostet und gleichzeitig immer noch nicht genügend Personal da ist, dann gibt es drei Möglichkeiten:

- a) Unsere Politiker ignorieren dieses Problem, so wie viele es heute tun.
- b) Oder sie machen absurde Vorschläge wie die Schaffung einer Green Card für Pflegekräfte aus Osteuropa.
- c) Oder es wird endlich dem Wandel der Zivilisation Rechnung getragen, indem die von der Gesellschaft schon jetzt be-

zahlten „Nicht-Jagenden“ Verantwortung übernehmen und sich zum Beispiel um die Alten kümmern, die in unserem Leben keinen Platz mehr finden. Wenn die qualifizierte Pflegekraft überlastet ist mit fachlich unqualifizierter Arbeit, dann können einige „Angelernte“ wunderbar beim Essen dabei sein, spazieren gehen, vorlesen, zuhören, ihre eigenen Kenntnisse einbringen. Allen wäre geholfen. Den Alten, den Arbeitenden, den Arbeitslosen, den Pflegekräften und den Statistikern aus dem Arbeitsministerium.

### **Mutige Lösungen zum Nutzen aller**

Ein anderes Beispiel: In der Kinder- und Jugendziehung fehlt oft die Familie. Die traditionelle Familie, die versorgt, erzieht und hilft. Weil es sehr viele Alleinerziehende, Doppelverdiener und unglückliche Familienverhältnisse gibt. Eine solide Betreuung in einer Ganztagschule wäre zumindest ein Beitrag zur Chancengleichheit. Und es gibt in jeder Kommune viele Erwachsene, die gerne für ihre Sozialhilfe und etwas mehr den überlasteten Lehrern helfen würden. Dort liegen Potenziale brach, während viele Lehrer und Erzieher unter ihrer Last zusammenbrechen. Mithin ist es verantwortungslos, sich keine Gedanken um den Einsatzwillen und die Einsatzfähigkeit der „Arbeitslosen“ zu machen. Wie viele Mitbürger könnten zum Beispiel Deutschunterricht für Immigranten geben? Im Einzelunterricht!

Ein weiteres Beispiel: In Berlin werden die Schulen kaum renoviert. Der Staat vergibt selten öffentliche Aufträge an Baufirmen. Die Schulen verkommen. Die arbeitslosen Bauarbeiter und Handwerker sitzen zu Hause, ihre Kinder in heruntergekommenen Schulen. Das ruft nach einer mutigen Lösung! Eine „Win-win-win“-Situation muss man das heute vielleicht nennen, um einem angeblich innovationsfreundlichen Politiker zu erklären, wie man verantwortungsvoll mit einer neuen sozio-ökonomischen Lage umgeht.

Ohne Phantasie und beinahe reaktionär kämpfen die Gewerkschaften nur für Bestandswahrung in einer sich revolutionär verändernden Arbeitswelt. Sie müssen endlich neue Ideen entwickeln oder zumindest für neue Vorschläge offen sein, beispielsweise für diesen:

## **Dienstleistung – unternehmerisch gedacht**

Der Ertrag aus der hocheffizienten Leistungsgesellschaft gehört in eine unternehmensorientierte Dienstleistungsebene investiert. Zum Nutzen aller. Die erwirtschafteten Erträge aus der Arbeit der „Jagenden“ und „Sammelnden“ werden zur Finanzierung von echten Dienstleistungsfirmen mit regionalem Bezug investiert. Statt eines Arbeitslosenamtes und eines Sozialhilfeausgabe-Amtes bekommen die Wirtschaftsministerien bzw. die kommunalen Wirtschaftsdezernate das Geld, um die vielen neuen Firmen zu finanzieren, welche die inaktiven Jäger und Sammler, unter Umständen auch nur auf Zeit, in den gesellschaftlichen Gemeindienst stellen. Dies würden dann kommunale Zeitarbeitsfirmen sein, die zum Beispiel in Form gemeinnütziger GmbHs (gGmbHs) konkrete Aufgaben übernehmen. Wir denken an Ergänzungsleistungen im Bereich Kultur, Alten- und Krankenpflege, Umweltschutz, Infrastrukturerhaltung und Erziehung. Und fast alle können mit ihren Vorkenntnissen etwas einbringen. Warum nicht Fachleute zu gemeinnützigen Beratungsfirmen zusammenfassen, die unsere mittelständische Wirtschaft bei der unaufhaltsamen Globalisierung in Hinblick auf soziale Probleme und umweltverträgliches Verhalten beraten? Warum nicht einmal in dieser von scheinbaren Sachzwängen und wirklichen Lobby-Interessen lahmgelegten Republik eine realistische Vision wagen?

### **Eine kleine Vision**

In Berlin stehen etwa 100.000 Arbeitslose tatsächlich zur Verfügung. Die meisten mit einer Ausbildung oder mit Berufserfahrung. Und nun unser Vorschlag: 12 Bezirke gründen jeweils 150 gemeinnützige Servicegesellschaften, die in den einzelnen Stadtteilen kommunale Zusatzaufgaben übernehmen, die von der öffentlichen Hand nicht finanzierbar wären, also nicht in Konkurrenz zu bestehenden Unternehmen stehen dürfen. Diese Betriebe haben die Aufgabe, sich aus den zur Verfügung stehenden Arbeitssuchenden für ihren Bereich (zum Beispiel Ergänzungsleistungen für den Schul- und Bildungsbereich) 50 bis 60 Personen auszusuchen, die dann dort beschäftigt sind.

Jeder Gesunde und nicht Alleinerziehende hat dann täglich „Dienst“, bleibt im Erwerbsleben und stützt unser Gemeinwesen. Und hat wenig Zeit für Schwarzarbeit. Wer nicht bereit ist, dort tätig zu sein, muss beispielsweise mit Abzügen bei den Sozialleistungen rechnen. Aber er/sie kann sich zusätzlich qualifizieren durch „training on the job“. Wichtig wird hier die bisher zweifellos ungewohnte Kombination von Gemeinnützigkeit und Gewinnabsicht solch einer gGmbH sein. Alles organisiert vom Wirtschaftsministerium, nicht vom Arbeits- oder Sozialamt!

Wer sich nicht mehr dem freien Markt stellen kann oder will, bleibt beim gemeinnützigen Betrieb. Wer sich dort nicht gefordert fühlt, wird alles daran setzen, sich woanders zu bewerben. Kaum ein Arbeitsfähiger säße mehr zu Hause, versuchte sich vor der Arbeit zu drücken oder fühlte sich nicht gebraucht. Und das Gemeinwohl könnte erheblich profitieren.

Es müsste sich dabei um übersichtliche, kleine, effiziente, unabhängige und erfolgsorientierte Einheiten handeln und nicht um undurchsichtige unkontrollierbare Kolosse wie karitative Großverbände, die das „Geschäft“ an sich reißen. Es werden UnternehmerInnen benötigt, die natürlich aufgrund der Verantwortung eine Chance zur Erwirtschaftung eines unternehmerischen Mehrwertes haben müssen.

Gleichzeitig ist diese Arbeit eine Form aktiver Weiterbildung, die es jedem ermöglichen soll, bei Bedarf in einen anderen Bereich zu wechseln. Diese aktive Tätigkeit wäre mit allergrößter Wahrscheinlichkeit wesentlich erfolgreicher als viele unkontrollierbare „Weiterbildungen“. Die Jungen lernen dort von den Erfahrenen, die gerade arbeitslos gewordenen bringen Informationen für die schon länger Arbeitslosen ein. Die frei werdenden MitarbeiterInnen der Arbeitsämter und der Sozialämter werden in diesen Firmen Verwaltungs-, Fortbildungs- und Vermittlungsaufgaben übernehmen, also auch ihr Know-how einsetzen können. Es warten dort viele Aufgaben auf viele Menschen!

In diesem Sinne muss ein radikales Umdenken über die Nutzung der steuerlichen Einnahmen erfolgen. Wenn nämlich bundesweit:

- eine Million kleine und mittlere Unternehmen so entlastet würden, dass sie einen Mitarbeiter einstellen könnten, der ihnen die Arbeit leichter macht, Überstunden verhindert oder hilft, Marktchancen zu realisieren,
- und wenn 500.000 bereits von uns allen bezahlte „Nicht-Jagende“ in den Pflegebereich gingen,
- und wenn 500.000 „Nicht-Jagende“ in den Erziehungsbereich gingen,
- und wenn 500.000 „Nicht-Jagende“ in die Natur- und Umweltpflege gingen,
- und wenn 250.000 „Nicht-Jagende“ unser Kulturleben bereicherten,
- blieben noch eine Million übrig, die sich durch Existenzgründungen im privaten Dienstleistungsbereich aus der Schwarzarbeit verabschieden könnten.

Und von einer verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten, wirklich *innovativen* Regierung dürfen wir erwarten, dass sie in umweltschonende, den Zivilisationsprozess antizipierende Wirtschaftsprozesse investiert. Die Bundesanstalt für Arbeit gehört zum Beispiel komplett abgeschafft oder zumindest radikal verändert und verschlankt, weil sie kaum Arbeit schaffen kann. Lokale, private Vermittlungsstellen auf Erfolgsbasis oder das jetzt schon genutzte Internet würden dann nötig sein. Wenn die jetzige Regierung Herrn Gerster dafür einsetzte, die BA abzuschaffen, um sich dann sofort dem nächsten großen Missstand, dem Gesundheitswesen, zuzuwenden zu können, dann wäre das ein echtes Signal zum Aufbruch. Die aktuellen Gesetzesänderungen werden keine **Arbeit** schaffen.

### **Abschied vom überholten Traum der Vollbeschäftigung**

Machen wir uns alle nichts vor: es wohl wird nie wieder eine Vollbeschäftigung in der freien Wirtschaft bei gleichzeitig permanentem Wachstum geben. Aber ist dies denn überhaupt nötig?

Unser Land ist derart reich im Vergleich zu fast allen anderen Ländern der Welt, dass es Unternehmer verzweifeln lässt, mit ansehen zu müssen, wie wir Chancen verpassen, wirklich etwas zu ändern. Es gibt die Chancen für die Zukunft. Als Modell für Europa, nachdem wir uns angeblich auf den letzten Platz heruntergewirtschaftet haben. Das

Wirtschaftswachstum ist in Deutschland zwar zurzeit niedriger, aber ist es bei den Nachbarn nicht höher, weil die erst an unseren Status heranwachsen müssen? Befinden wir uns nicht vielleicht schon im Übergang zu einer neuen Zivilisationsstufe? Weil die Effizienz der Wirtschaft uns zum Umdenken zwingt? Wollen wir noch mehr Autos bauen und Kraftwerke und Waschmaschinen und PCs? Wollen wir nicht lieber die erwirtschafteten Werte für die qualitative Verbesserung unserer Lebensbedingungen verwenden? Unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung? Wir treten nun in die nächste Stufe der Zivilisationsentwicklung ein: Die wichtigen Themen werden sein: Bildung, Gesundheit, Pflege, Freizeit, Umwelterhalt und technische Optimierung. Und die Gewinne aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen und deren MitarbeiterInnen müssen im Sinne des Gemeinwohles wieder investiert werden. Dies hat nichts mit „Sozialismus“ zu tun, sondern mit politischer Weitsicht.

Auch wenn wir immer noch sehr reich sind, werden uns eine nachlassende Wirtschaft und die fehlende Erneuerungsfähigkeit bald große Probleme bereiten. Zumal wenn sich irgendwann das Problem umkehrt und tatsächlich zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen sollten. Das Warten auf den Aufschwung in den USA ist das größte Armutszeugnis, das sich unsere jetzige Regierung ausgestellt hat: so wie der Fußballverein, der schlecht spielt und auf den Stürmer aus Brasilien wartet, dem es dann aber zu kalt hier ist und der nach wenigen Wochen wieder verschwindet!

Wo sind also die Politiker, die unsere Zukunft ehrlich und erfolgreich gestalten? Langfristig geplant – losgelöst von kurzfristigen Lobbyinteressen? Wer nennt uns die Namen, damit wir sie oder ihn tatkräftig und von der ökonomischen Basis her unterstützen können?

### **Eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik?**

Die etablierten Parteien haben sich in den letzten Jahren vor allem durch tradiertes Denken und ängstliches „Wenigtun“ in der Wirtschaftspolitik hervorgetan. Die einzige Partei, so sie sich denn auf ein wirklich innovatives und gesamtgesellschaftlich verant-

wortliches Politikdenken einigen könnte, wäre eine GRÜNE Partei, die sich von der reinen Öko-Protestpartei zur modernen Reformpartei entwickelte und endlich eine langfristige und zukunftsweisende Wirtschaftspolitik ins Programm aufnahm, mit einer allumfassenden Förderung des Unternehmergegedankens von der Schule bis zur zentralen Anlaufstelle für Kredite bei einer offensiven KfW- und einer aktiv begleitenden DtA-Bank. Dann bräuchten wir auch keine neue Mittelstandsbank. Und dafür müssten die GRÜNEN sich für neue Wähler öffnen, die begriffen haben, dass es nun wirklich Zeit wird für echte und auch langfristig angelegte Reformen. Bei den GRÜNEN gibt es sehr viele hochintelligente Mitglieder, die bereit wären, Verantwortung zu übernehmen, weil sie inzwischen das System auch von der Regierungsseite her kennen. Und dennoch nicht ganz zu den etablierten Berufspolitikern gehören, sondern fast alle noch jenen Idealismus besitzen, der nicht der Karriere geopfert werden musste. (In diesem Zusammenhang entmutigt es aber, dass die GRÜNEN in Baden-Württemberg einen ihrer fähigsten und unkonventionellsten Köpfe, den Haushaltspolitiker Oswald Metzger, für die nächste Legislaturperiode in die Wüste schickten.) Ob es die GRÜNEN schaffen oder nicht, neue Ideen dem gesamten Wahlvolk zu kommunizieren: Auch die anderen Parteien müssen sich der Verantwortung stellen. Unsere in den großen, aber vor allem in den mittleren und kleinen Unternehmen erwirtschafteten Steuern müssen sozial verantwortlich eingesetzt werden. Nicht für absurde und überbeuerte Rüstung und Subventionen fragwürdiger Verkehrsprojekte, sondern für den inneren Zusammenhalt einer sich schnell ändernden Zivilisation.

Schließlich wird es dann Zeit für eine aktive und organisierte Zuwanderungspolitik, die allen nützt. Falls die Statistiker, die sich leider so oft irren, Recht behalten, dass in 10–15 Jahren junge Arbeitskräfte fehlen sollten, dann muss natürlich heute schon geplant werden. Im Moment ist es allerdings schwierig, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Unternehmen zu erklären, warum deutsche Arbeitslose „frei haben“, und osteuropäische Zuwanderer nun die Jobs in den Altenheimen übernehmen sollen.

### **Dialog über den Gemeinsinn**

Und es wird Zeit für die Umwertung bestimmter Begriffe. Der Kampfbegriff der Solidarität muss etwas in den Hintergrund treten. Wichtig wird wieder der alte Begriff der Gerechtigkeit sein: Was darf gerechter Weise diesen oder jenen in Zeiten des Umbruchs zugemutet aber auch zugebilligt werden? Wo begrenzt die Gerechtigkeit beispielsweise das Gewinnstreben, wo das Privileg bezahlter Faulheit?

Ein solcher Dialog über den Gemeinsinn steht erst an seinem Anfang, er muss sowohl die ganz Schwachen wie die ganz Starken und natürlich die vielen dazwischen in den Blick nehmen. **UnternehmensGrün** möchte helfen, einen solchen Dialog beherzt anzufangen – auch mit diesen Thesen.

Ein Ruck soll durch Deutschland gehen. Die Frage ist nur, welcher denn? Insofern sind dann doch unsere Volksvertreter ernsthaft gefragt. Ergänzen wir also den philosophischen „Ruck“ von Roman Herzog um den „Druck“ der ökonomisch Handelnden auf die von uns bezahlten Regierenden!

*Matthias Kaiser  
proDentum GmbH, Berlin  
UnternehmensGrün-Mitglied*